Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2406

21. 09. 95

Große Anfrage

der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Gerd Andres, Doris Barnett, Hans Berger, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Hans Martin Bury, Hans Büttner (Ingolstadt), Peter Dreßen, Konrad Gilges, Karl-Hermann Haack (Extertal), Frank Hofmann (Volkach), Jelena Hoffmann (Chemnitz), Renate Jäger, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Erika Lotz, Ulrike Mascher, Herbert Meißner, Siegmar Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Leyla Onur, Manfred Opel, Adolf Ostertag, Hermann Rappe (Hildesheim), Renate Rennebach, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ernst Schwanhold, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Dietrich Sperling, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Hans-Eberhard Urbaniak, Wolfgang Weiermann, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung

Vorbemerkung

Die Spaltung der Gesellschaft nimmt immer besorgniserregendere Formen an. Eindeutig ablesbar ist dies an den bekannten statistischen Größen Einkommen, Vermögen und Ausstattung der Haushalte. In Deutschland gelten nach der Definition der Europäischen Kommission annähernd sieben Millionen Bürger als einkommensarm, weil sie über weniger als 50 % des Durchschnitts-Einkommens verfügen. Der dramatische Anstieg der Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen ist hinlänglich bekannt. Die strukturbereinigte Bruttolohnquote ist seit 1982 um mehr als zehn Prozentpunkte gefallen. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind entsprechend gestiegen, wobei die Netto-Einkommen wegen der massiven Entlastungen bei den Unternehmensteuern noch stärker als die Brutto-Einkommen gestiegen sind. Das Verhältnis der Pro-Kopf-Einkommen von Selbständigen-Haushalten zu dem von Arbeiter-Haushalten hat sich im gleichen Zeitraum im Durchschnitt in Westdeutschland von 1,8 : 1 auf 2,75 : 1 erhöht.

Die Schieflage in der Einkommensentwicklung bildet sich in der Verteilung der Vermögen in potenzierter Form ab. Die Vermögen in Deutschland zeigen eine geradezu explosionsartige Entwicklung nach oben. Seriösen Schätzungen zufolge gibt es bei uns heute 150 000 Einkommens- und/oder Geldvermögens-Millionäre. Das Gesamtvermögen der privaten Haushalte wird heute auf fast neun Billionen DM netto geschätzt, das private Wohnungseigentum inkl. Grundstücke in den alten Bundesländern

wird von der Bundesbank inzwischen auf ca. 5 Billionen DM Verkehrswert taxiert. Angesichts der Entwicklung des Schuldenstandes der öffentlichen Hand und der anhaltenden Investitionsschwäche der Realwirtschaft stellt die zunehmend ungleiche Verteilung der privaten Geldvermögen ein äußerst ernstes Problem für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Hinzu kommt das Problem, daß die Anlagen in Geldvermögen wesentlich stärker wachsen als die realen Investitionen.

Den stärksten Anstieg verzeichnen die Geldvermögen der privaten Haushalte. Ende 1994 betrugen sie netto, d. h. unter Abzug der Konsumentenkredite, knapp 4 Billionen DM – seit 1980 eine Steigerung um mehr als 135 %, während die Gesamtvermögen sich „nur" verdoppelt haben. Die privaten Geldvermögen stiegen seit 1960 fast doppelt so schnell wie das Bruttosozialprodukt und auch deutlich stärker als die Geldvermögen der Unternehmen. Der Anteil der Vermögens-Einkommen am Gesamt-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hat sich seit 1979 von ca. 15 % auf 35 % erhöht.

Die Verteilung der Vermögen konzentriert sich dabei immer stärker auf einkommens- und vermögensstarke Schichten: Nach Schätzungen auf der Basis der vorliegenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben besitzt das oberste Zehntel der Haushaltsgruppen inzwischen die Hälfte des Nettogeldvermögens, obwohl in diesen Stichproben die Haushalte mit einem Monats-Einkommen über 25 000 DM gar nicht erfaßt sind.

Die Vermögenspolitik der Bundesregierung mit dem Ziel einer breiteren Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital hat diese Entwicklung in den Vermögensverhältnissen nicht verhindern können. Sie hat im Gegenteil in den 80er Jahren und zuletzt 1994 die vermögenspolitischen Maßnahmen drastisch eingeschränkt. Die im Entwurf zum Jahressteuergesetz 1996 vorgesehene Schaffung der Rahmenbedingungen zur Förderung von Tariffonds wurde von der Regierungskoalition wieder gestrichen.

Die zunehmende Auseinanderentwicklung der Gesellschaft macht sich nicht nur am Einkommen und Vermögen fest. Beispielsweise ist die Chancengleichheit im Bildungswesen gefährdet. Immer öfter entscheidet wieder der Geldbeutel der Eltern über das Bildungsniveau der Kinder. Es gibt sogar Anhaltspunkte dafür, daß zwischen Schichtzugehörigkeit und geringer Wahlbeteiligung ein Zusammenhang besteht. Das Interesse an der Funktionsweise der Demokratie läßt bei Personen mit geringem Einkommen und Vermögen nach.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

Entwicklung der Vermögen

1. Wie stellt sich die Entwicklung der absoluten Höhe der Brutto- und Netto-Geldvermögen seit 1980 und wie die ihrer verschiedenen Formen dar?
2. Wie schätzt die Bundesregierung die zukünftige Entwicklung in kurz- und mittelfristiger Sicht ein?

3. Welche Defizite bei der Erfassung der Geldvermögen und welche Möglichkeiten ihrer Behebung sieht die Bundesregierung?

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesbank (Monatsbericht 5/1994), daß bei der Ermittlung der Geldvermögensbildung die mangelhafte Erfassung von Beteiligungskäufen im Ausland, die Umschichtung auf Eurokonten und die Verlagerung der Depotverwaltung ins Ausland, durch die Anlagedispositionen vom Ausland aus erfolgen und damit sich der statistischen Erfassung entziehen, allgemeiner, die Verlagerung von Vermögen ins Ausland, vorrangig durch Selbständige und Angehörige freier Berufe, die Ergebnisse verfälschen?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Schätzung des Verkehrswertes des gesamten privaten Wohneigentums inkl. Grundstücken von 5 Billionen DM, wie die Schätzung des Gebrauchsvermögens von 1 Billion DM durch die Deutsche Bundesbank?

6. Wie verläuft die Entwicklung der Zahl der Vermögens-Millionäre?

Entwicklung der Vermögens-Einkommen

7. Wie ist die Entwicklung der unterschiedlichen Einkommensarten nach den einzelnen Haushaltsgruppen verlaufen?

8. Wie hat sich der Anteil der Vermögens-Einkommen am verfügbaren Gesamt-Einkommen entwickelt?

   Wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?

9. Wie setzen sich die Vermögens-Einkommen zusammen?

10. Wie sieht die Entwicklung insbesondere für die Einkommen aus Geldvermögen aus?

11. Wie hoch ist die Durchschnittsrendite des ertragbringend angelegten Geldvermögens?

12. Wie entwickelten sich die Zinsgutschriften aus Versicherungen und aus festverzinslichen Wertpapieren?

13. Wie hat sich der Anteil der Vermögens-Einkommen am Rentner-Einkommen entwickelt und wie insbesondere der Anteil der Einkommen aus Wohneigentum?

14. Wie hat sich der Anteil der Vermögens-Einkommen von Nichterwerbstätigen entwickelt?

15. Welche Gründe hält die Bundesregierung für maßgeblich, daß die Netto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 84 % des Brutto-Einkommens ausmachen, die Nettoquote bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit aber nur 67 % beträgt?

Verteilung der Vermögen und ihrer Einkommen

16. Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW-Wochenbericht Nr. 25/95) auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1993 präsentierten Daten, denen zufolge ein Viertel der westdeutschen Haushalte über nur 1 % des Bruttogeldvermögens verfügten, während 5 % der Haushalte mit weit überdurchschnittlem Vermögensbesitz über 31 % des Bruttogeldvermögens verfügten?

17. Wie beurteilt die Bundesregierung die bereits auf der Basis der EVS 1983 getroffene Aussage des Vermögensexperten Heinrich Schlomann (Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Westdeutschland, in: E.U. Huster (Hg.), Reichtum in Deutschland, Frankfurt/M./New York 1993, S. 74 ff.), daß „10 % der reichsten Haushalte fast 50 % des erfaßten Vermögens besitzen, die ärmere Hälfte der Haushalte dagegen nur knapp 2,5 %"?

18. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels (SOEP), demzufolge auf zwei Drittel der an der Befragung beteiligten Haushalte mit Zinserträgen nur ein Sechstel der Vermögens-Einkommen entfielen, während auf nur 2 % der befragten Haushalte 32 % der Zinsen und Dividenden entfielen?

19. Wie verläuft die Entwicklung der Verteilung des Wohneigentums inkl. Grundstücken brutto, und wie verläuft sie netto, d. h. inkl. der Hypothekenschulden?

20. Wie verläuft die Entwicklung der Verteilung des Aktienbesitzes?

21. Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, daß die Streuung der Geldvermögens-Einkommen größer als die der Geldvermögen ist?

    Wie beurteilt sie die Erklärung dieser Disparität seitens des Instituts u. a. damit, daß mit wachsendem Geldvermögen die Verzinsung steigt?

    Was gedenkt sie zu tun, um diese Benachteiligung im Zinseinkommen von Haushalten mit geringem Vermögen zu mildern?

22. Wie haben sich die erheblich höheren Zinseinkünfte der Selbständigen im Verhältnis zu den Zinseinkünften der Arbeitnehmer entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?

23. Wie verläuft die Entwicklung der Verteilung der Lebensversicherungen und ihrer Zinsen auf die sozialen Haushaltsgruppen?

24. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die im Durchschnitt wesentlich höheren Zinseinkünfte der Selbständigen selbst dann noch auf eine ungleiche Vermögensverteilung zurückzuführen sind, wenn man die eigenständige Altersversorgung der Selbständigen berücksichtigt?

Entwicklung der Erbschaften

25. Wie beurteilt die Bundesregierung die Prognose der BBE-Unternehmensberatung Köln, derzufolge bis zum Jahr 2000 1,7 Millionen Erbfälle mit einem Gesamtvolumen von 2,6 Billionen DM (davon 995 Mrd. DM Grundvermögen) zu erwarten sind?

26. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, daß das Land Hessen im Jahr 2000 mit einer Erbschaftsteuereinnahme von ca. 450 Mio. DM rechnet gegenüber 333 Mio. DM im Jahr 1993?

    Welche Anhaltspunkte ergeben sich aus der Sicht der Bundesregierung für eine bundesweite Verallgemeinerung dieses Trends, und welche Schlußfolgerungen wären aus einer solchen Verallgemeinerung zu ziehen?

27. Wie stellt sich die Entwicklung der sonstigen Vermögensübertragungen dar?

Ursachen und Konsequenzen der Vermögensverteilung

28. Wie beurteilt die Bundesregierung die gesellschaftlichen und sozialpolitischen Aspekte der Vermögensverteilung?

29. Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die These des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI-Mitteilungen Heft 10/94, S. 619) von einer „zunehmenden Verteilungsungleichheit"?

30. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für die wachsende Streuung der Vermögensverteilung?

31. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zum Abbau dieser Streuung?

32. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten der Korrekturen durch die Steuer- und Familienpolitik?

33. Sieht die Bundesregierung insbesondere Möglichkeiten, die zunehmende Kluft zwischen nominaler und effektiver Besteuerung abzubauen, die vor allem dadurch entsteht, daß Selbständigen-Haushalte über wesentlich bessere Möglichkeiten der legalen und illegalen Steuervermeidung verfügen als Arbeitnehmer-Haushalte?

34. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Kluft zwischen dem hohen Anstieg der Geldvermögen der privaten Haushalte und dem hohen Anstieg der öffentlichen Verschuldung z. B. durch eine stärkere Besteuerung dieser Vermögen abzubauen?

35. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die hohen privaten Geldvermögen stärker zur Förderung der realwirtschaftlichen Investitionen zu veranlassen?

36. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Risiken zu mildern, die der Anstieg der Geldvermögen durch die damit zwangsläufig einhergehende Zunahme spekulativer Finanztransaktionen für die Stabilität der Finanzmärkte bedeutet?

37. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche Steuerausfälle im Zusammenhang mit dem Transfer von privatem Geldvermögen in das (benachbarte) Ausland seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Quellenbesteuerung und die entsprechende Neufassung der Zinsbesteuerung zu verzeichnen sind, oder wie hoch schätzt sie die Ausfälle?

38. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, welcher Anteil der statistisch von „Ausländern" gehaltenden Forderungen an deutschen Aktien- und Rentenmärkten auf solche ausländische Konten entfallen, die von Deutschen im Ausland angelegt worden sind?

Vermögensbildung

39. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die ungleiche Vermögensverteilung durch die Ausweitung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand abzubauen?

40. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Schaffung von Tariffonds, und durch welche Maßnahmen kann sie die Bildung von Tariffonds unterstützen?

41. Welche Argumente waren für die Bundesregierung maßgeblich dafür, daß die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung von Tariffonds ursprünglich im Entwurf zum Jahressteuergesetz enthalten war, und welche Gründe führten dazu, diese Bestimmung aus dem Gesetzentwurf wieder zu streichen?

42. Wie beurteilt die Bundesregierung das Konzept der Kirchen zur Ausweitung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand?

43. Inwieweit kann die Vermögensbildung zur Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen beitragen?

44. Welcher Anteil des in den neuen Ländern bestehenden Vermögens an Sachkapital (Produktivvermögen, Grundstücke und sonstige Immobilien) befindet sich im Besitz von Personen bzw. juristischen Personen, die ihren Wohnsitz am 1. Januar 1990 (alternativ vor Beginn der deutsch-deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion von 1990) im alten Bundesland hatten, und wie schätzt sie die weitere Entwicklung ein?

Abbau der ungleichen Vermögensverteilung in den neuen Bundesländern

45. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für das extreme Gefälle der Vermögen in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten Bundesländern?

46. Welche Rolle spielte dabei der extrem geringe Anteil am Produktivvermögen zu Beginn der deutschen Einheit?

    Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, mögliche vermögenspolitische Fehlentwicklungen zu vermeiden, die

durch die vorherrschende Form der Investitionsförderung und das fast vollständige Fehlen der Vermögenspolitik in den neuen Bundesländern entstanden sind?

47. Welche Argumente sprechen aus der Sicht der Bundesregierung dafür oder dagegen, über vermögenspolitische Maßnahmen die Beteiligung der Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern am Produktivvermögen auszuweiten, um so nur minimal vorhandene Vermögensbildung in privater Hand zu fördern?

Defizite in der Vermögensstatistik

48. Wie beurteilt die Bundesregierung die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Rudolf Kraus (Drucksache 12/3090 vom 24. Juli 1992) auf die Anfrage des Abgeordneten Peter Conradi nach der Neuveröffentlichung der letztmalig 1981 erschienenen Broschüre „Einkommens- und Vermögensverteilung", in der dieser darauf hinweist, daß „neuere Ergebnisse für alle verwandten Statistiken" vorlägen, die „eine weitgehende und zeitaufwendige Überarbeitung" notwendig machten?

    Um welche neueren Ergebnisse handelt es sich dabei, welche Statistiken mußten überarbeitet werden, und warum sind diese neuen Ergebnisse bis heute nicht der Öffentlichkeit zugänglich?

49. Welche neuen Erkenntnisse ergeben sich für die Bundesregierung aus der 1993 durchgeführten Aktualisierung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe allgemein und speziell für die Verteilung der Vermögen nach sozialen Haushaltsgruppen?

50. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Verfälschungen der Daten der EVS abzubauen, die u. a. dadurch entstehen, daß Haushalte ab 25 000 DM Netto-Einkommen, Versicherungen sowie Bargeld und Sichteinlagen nicht erfaßt sind?

    Welche Schritte kann sie ihrerseits dazu unternehmen?

51. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die vom Statistischen Bundesamt zusammengefaßte Größe Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu trennen, um dadurch Angaben über die Entwicklung der Vermögen von Arbeitnehmer-Haushalten zu erhalten.

Bonn, den 20. September 1995

Ottmar Schreiner
Gerd Andres
Doris Barnett
Hans Berger
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Hans Martin Bury
Hans Büttner (Ingolstadt)
Peter Dreßen
Konrad Gilges
Karl-Hermann Haack (Extertal)
Frank Hofmann (Volkach)
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Renate Jäger
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Erika Lotz
Ulrike Mascher
Herbert Meißner
Siegmar Mosdorf
Christian Müller (Zittau)
Leyla Onur
Manfred Opel
Adolf Ostertag
Hermann Rappe (Hildesheim)
Renate Rennebach
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ernst Schwanhold
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Dietrich Sperling
Ludwig Stiegler
Dr. Peter Struck
Hans-Eberhard Urbaniak
Wolfgang Weiermann
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333